

237. Sitzung des Grossen Gemeinderates

30. November 2015, 15:15 Uhr, Gemeindesaal Löttschberg, Spiez

Vorsitz	Jürg Staudenmann, GGR-Präsident
Anwesende Mitglieder	<p>BDP Patrick Bürchler Heinz Egli Silvia Egli Martin Peter</p> <p>EDU Benjamin Carisch</p> <p>EVP Andreas Bürki Anna Fink Jürg Leuenberger Markus Wenger</p> <p>FDP Andrea Frost Rolf Schmutz Monika Wenger Rino Werren</p> <p>FS/ GLP Louise Bamert René Barben (ab 16.15 Uhr) Ueli Haldimann Pia Hutzli (ab 16.40 Uhr) Matthias Maibach</p> <p>GS Dani Brügger Nadja Keiser Anna Katharina Zeilstra</p> <p>SP Ruedi Bernet Didier Bieri Marianne Hayoz Wagner Walter Holderegger Roland Müller André Sopranetti Albert Trummer</p> <p>SVP Alfred Dummermuth Andreas Grünig Hans Leuthold Jürg Staudenmann Rudolf Thomann Ueli Zimmermann Markus Zurbuchen</p>
Anwesend zu Beginn	33 Mitglieder; der Rat ist beschlussfähig
Vertreter Jugendrat	Lukas Böss

Sekretär	Konrad Sigrist	
Protokollführer	Adrian Zürcher	
Presse	Svend Peternell Jürg Spielmann Anita Weyermann	Berner Oberländer Thuner Tagblatt Radio BeO
ZuhörerInnen	15 Personen	
Vertreter Gemeinderat	Franz Arnold Klaus Brenzikofer Jolanda Brunner Ursula Erni Christoph Hürlimann Monika Lanz Ursula Zybach	SP SVP SVP EVP FS FDP SP
Entschuldigt	Peter Zurbrügg (beruflich)	

ERÖFFNUNG

Der Vorsitzende begrüsst die Mitglieder beider Räte, die Vertreter der Medien, den Vertreter des Jugendrates, den Sekretär, den Protokollführer, sowie die Zuhörerinnen und Zuhörer zur 237. Sitzung des Grossen Gemeinderates von Spiez.

Traktandenliste

- 226 Protokoll der Sitzung vom 15. September 2015
- 227 Zaunmatte, Faulensee / Aufhebung Baurechtsvertrag, Landkauf
- 228 Pädagogisches Zentrum Hofachern / Baurechtsvertrag
- 229 Stiftung Schloss Spiez / Erhöhung Gemeindebeitrag
- 230 Informationen des Gemeindepräsidenten
- 231 I-Pads am Schulzentrum Längenstein / Einfache Anfrage A. K. Zeilstra (GS)
- 232 Budget 2016 / Einfache Anfrage U. Zimmermann (SVP)
- 233 Markierung Kehrachtsammelstellen / Einfache Anfrage R. Barben FS/GLP)
- 234 Attraktives Ortszentrum Spiez / Motion SP-Fraktion (M. Hayoz Wagner)
- 235 Partizipations-Motion für AusländerInnen / Motion GS (A. K. Zeilstra)
- 236 Wahlen
 - a) Ratsbüro GGR für das Jahr 2016
 - b) Geschäftsprüfungskommission
 - Ersatzwahl SVP
 - Präsidium und Vizepräsidium GPK für das Amtsjahr 2016
- 237 Beiträge aus dem freien Ratskredit GGR

Verhandlungen

226 13 Protokoll

Protokoll der Sitzung vom 15. September 2015

Das Protokoll wird genehmigt.

227 8.702 Baurechtsverträge

Zaunmatte, Faulensee / Baurechtsvertrag, vorzeitiger Landkauf

Ausführungen des Gemeinderates

Der Gemeinderat verzichtet auf weitere Ausführungen.

Stellungnahme der GPK

Albert Trummer: Die GPK hat dieses Geschäft am 18. November 2015 behandelt. Es handelt sich um ein Routinegeschäft, da dies bereits das dritte Mal ist, dass ein Baurechtsvertrag in der Zaunmatte aufgehoben werden soll. Am 16.09.2013 wurde das Geschäft zum ersten Mal behandelt. Damals befand man sich noch ausserhalb der Frist für die Aufhebung der Baurechtsverträge. Das zweite Mal wurde das Geschäft am 2. März 2015 hier behandelt. Die Gesuchsteller haben ein Recht, das Baurecht aufheben zu lassen. Das Architekturbüro Gafner hat wie bei den anderen Parzellen die Schätzung vorgenommen und Notar Peter Barraud hat den Kaufvertrag ausgearbeitet. Die GPK empfiehlt, auf das Geschäft einzutreten.

Eintreten

Das Eintreten ist unbestritten.

Fraktionssprecher / Allgemeine Diskussion

Keine Wortmeldungen.

Beschluss (einstimmig)

Der Grosse Gemeinderat von Spiez

- auf Antrag des Gemeinderates
- gestützt auf Art. 40.1 a) der Gemeindeordnung

beschliesst:

1. Der Vertrag (Urschrift Nr. 2139) betreffend Aufhebung Baurechtsvertrag und Kaufvertrag Zaunmatte, Faulensee, wird genehmigt.
2. Der Gemeinderat wird mit dem Vollzug beauftragt.

228 8.400 Liegenschaften/Grundeigentum Pädagogisches Zentrum Hofachern / Genehmigung Baurechtsvertrag

Ausführungen des Gemeinderates

Ursula Zybach: Sie dankt allen, welche sich bereits an diesem Geschäft beteiligt haben. Der Baurechtsvertrag wurde so ausgearbeitet, dass in 99 Jahren unsere Nachfolger diesen noch nachvollziehen können. Auf diesem Land stehen zur Zeit noch Gebäude. Diese werden mit dem Baurecht weiterverkauft. Es handelt sich um Gebäude, welche verschiedene Probleme aufweisen:

- Energieschleudern
- Wasser- und Abwasserleitungen sind nicht frostsicher
- Eternitplatten und Bodenbeläge (tendenziell Asbestbelastet)
- Öl und Elektrospeicherheizungen (störungsanfällig)
- Flachdach Pavillon 1 (sanierungsbedürftig)

Die Gemeinde kann deshalb froh sein, dass sie diese Gebäude nicht mehr sanieren muss. Sie hofft sehr, dass der GGR den Baurechtsvertrag so genehmigen wird.

Stellungnahme der GPK

Nadja Keiser: Sie hat das Geschäft zusammen mit René Barben geprüft. Dieses wurde am 18. November 2015 in der GPK behandelt. Das Geschäft wurde ordnungsgemäss vorbereitet und die GPK empfiehlt, auf dieses einzutreten.

Eintreten

Das Eintreten ist unbestritten.

Fraktionssprecher

Matthias Maibach (FS/GLP): Die FS/GLP-Fraktion begrüsst dieses Projekt. Mit der Ramsay Foundation konnte aus Sicht der FS/GLP-Fraktion ein geeigneter Partner gefunden werden. Wichtig erscheint auch eine geeignete Lösung für die Parkplatzsituation zu finden. Bereits heute wird der Parkplatz bei der Hofachern sehr gut genutzt. Besonders in den Sommermonaten durch die Buchtbesucher oder durch die Besucher der angrenzenden Seminarhotels. Zudem fällt in Zukunft der „Waber-Parkplatz“ beim Freibad weg. Deshalb erscheint die Einräumung eines Rechts für die Erstellung einer Einstellhalle sinnvoll und wichtig. Die FS/GLP-Fraktion kann dem Baurechtsvertrag zustimmen.

Hans Leuthold (SVP): Die SVP-Fraktion kann dem Vertrag zustimmen. Es handelt sich um eine gute Sache. Der Gemeinderat ist in seinen Erläuterungen des Lobes voll vom Verhandlungsertrag. Herr Vollen hat uns gezeigt, was verhandeln heisst. Er zahlt im nächsten Jahr Fr. 9'090.90 und erhält einen Mietzins von Fr. 42'720.00. Alle hier im Saal würden wohl eine solche Rendite gerne annehmen. Der Baurechtszins von Fr. 900'000.00 ist auf 99 Jahre gerechnet. Die Gemeinde erhält so pro Jahr Fr 9'090.90. Wenn man 100 Jahre zurückschaut und die Teuerung beachtet, betrug diese rund 1 % pro Jahr. Wenn man nun 1 % auf die nächsten 99 Jahre rechnet, sind diese Fr. 9'090.90 im Jahr 2114 noch knapp 1'357.95 wert. Bei einer Kapitalisierung mit 2.5 % entspricht dies einem m2-Preis von Fr. 37.50. Dies ist eine kleine Zahlenspielerei. Dem Vertrag kann aber trotzdem zugestimmt werden.

Anna Fink (EVP): Die EVP-Fraktion stimmt der Genehmigung des Baurechtsvertrages zu. Dieser ist seriös und sorgfältig vorbereitet worden, auch unter Berücksichtigung der Interessen von Spiez. Den Bildungsstandort Spiez zu stärken ist ein wichtiges Ziel, welches mit diesem Vorhaben unter-

stützt wird. Der Bedarf an Räumen für die Tagesschule ist gegeben. Nebst der Heilpädagogischen Schule wird auch dem Pädagogischen Zentrum für Hören und Sprechen nahe der Volksschule Raum angeboten. Dies wird als Gewinn und wertvolle Vernetzung angesehen und bietet diverse Möglichkeiten. Im Baurechtsvertrag steht unter Punkt 2 Buchstabe G: „Sollte sich nach Fertigstellung des Pädagogischen Zentrums herausstellen, dass nicht die gesamte Baurechtsfläche ausgenutzt worden ist, vereinbaren die Parteien Verhandlungen über eine Redimensionierung des Baurechts aufzunehmen, sofern dies die Baurechtgeberin wünscht.“ Den Unterlagen konnte entnommen werden, dass im Verlauf der Verhandlungen das Projekt redimensioniert worden ist. Der Gemeinderat wird aufgefordert, diesen Umstand im Auge zu behalten, damit die Anliegen der Gemeinde berücksichtigt werden und eine verdichtete Bauweise angestrebt wird.

Andrea Frost (FDP): Basel und Spiez ist nicht nur ein Vertrag sondern eine Liebesgeschichte. Ein Pädagogisches Zentrum in der Hofachern ist ein Leuchtturmprojekt. Ein Kompetenzzentrum mit mehreren Institutionen auf dem pädagogischen Gebiet ist genau das, was wir in Spiez benötigen. Basel und Spiez geben beide das Beste um etwas Nachhaltiges zu schaffen. Basel und Spiez sind verbunden. Es fahren direkte Züge hin und zurück. Basel und Spiez haben Tradition. Es gibt den Baslerhof. Die Baslerin Rosina Gemuseus war eine der letzten Schlossbesitzerinnen. Basel und Spiez kann eine Liebesheirat sein. Eine Konzentration der Kompetenzen, Schaffung von Arbeitsplätzen und ein Ort der besonderen Förderung und der Pädagogik. Die FDP-Fraktion stimmt dem Geschäft ohne Vorbehalt zu und freut sich auf den Basler Zuwachs.

Sylvia Egli (BDP): Die BDP-Fraktion stimmt dem Baurechtsvertrag zu. Sie möchte folgende drei Punkte erwähnen:

1. Pädagogische Einrichtung in Spiez
2. Zustand der Pavillons
3. Zeitlicher Aspekt

1. Pädagogische Einrichtung in Spiez

Die meisten Parteien haben im Leitbild, dass die Bildung besonders wichtig ist. Spiez als Bildungsstandort soll gestärkt werden. Das Zentrum Hören und Sprechen, die Tagesschule und die HPS benötigen Schulräume. Die HPS Niesen ist bereits jetzt im Pavillon. Strategisch ist dies der richtige Ort für die Kinder des Niedersimmentals und des Frutiglandes bis Kandersteg.

2. Zustand der Pavillons

Wie in der Ausgangslage des Gemeinderates gelesen werden konnte, ist der Pavillon in einem baulich schlechten Zustand. Sie unterstreicht diese Aussage mit „miserablem Zustand“. Wie bereits Ursula Zybach ausgeführt hat, bestehen Wasserprobleme, Frostschäden, Energieschleudern etc. Sie freut sich umso mehr, dass die Abbruchkosten durch die Ramsay Foundation und nicht durch die Gemeinde übernommen werden müssen.

3. Zeitlicher Aspekt

Der zeitliche Aspekt darf nicht vernachlässigt werden. Die Gespräche sind schon lange im Gang. Die Kindertagesstätte ist bereits abgesprungen. Es fragt sich, wie lange das Zentrum für Hören und Sprechen noch Geduld hat, im Provisorium zu bleiben und wie lange der Investor noch bereit ist, am Standort Spiez festzuhalten. Es ist nicht nur ein Leuchtturm- sondern ein Win-win-Projekt. Es wird allen gedankt, welche bei diesem Projekt Vorarbeit geleistet haben.

Albert Trummer (SP): Am 20. November 2015 war es wieder einmal interessant den Berner Oberländer zu lesen. Auf Seite 3 wurde das heutige Geschäft erläutert. Dabei konnten Informationen entnommen werden, welche im gemeinderätlichen Antrag nicht enthalten waren. Die Gemeinderäte sind zwar keine Journalisten, sind aber mehr der Wahrheit als den Schlagzeilen verpflichtet. Damit hat er aber nicht gesagt, dass die Berichterstattung falsch sei. Die SP-Fraktion hat das Geschäft eingehend geprüft. Es konnte in Erfahrung gebracht werden, dass es den Vertreter der Ramsay Foundation Nerven gekostet hat, da es der Gemeinderat mit dem Baurechtsvertrag sehr genau genommen hat. Der Gemeinderat hat seine Erfahrungen aus einem Geschäft in der Bucht

einfließen lassen, deshalb ist der Vertrag so umfangreich und detailliert geraten. Vielleicht war dies auch einsichtig. Im Internet hat er recht wenig über diese Foundation und deren Mitglieder gefunden. Der Zeitung konnte entnommen werden, dass dieser Deal nicht der Gemeinderat, sondern Finanzverwalter Stefan Christen eingeleitet hat. Hat er damals wohl schon gewusst, dass die Gemeinde zu einem Darlehen von Fr. 900'000.00 kommt, welches nicht zu verzinsen ist? Sind die Leute der Verwaltung wohl doch nicht so schlecht, wie dies manchmal bei passenden und unpassenden Gelegenheiten erzählt wird? Die SP-Fraktion hat Freude daran, dass die Ramsay Foundation in Spiez eine Bildungsstätte als Geldanlage realisieren will. Dies entspricht exakt einem Strategiethema, welches lautet: „Ein breites Bildungsangebot zu erhalten und auszubauen.“ Der Gemeinderat beantragt, dem Baurechtsvertrag zuzustimmen. Im Zeitungsartikel konnte gelesen werden: „Für den geeinten Gemeinderat, der sich die Stärkung des Bildungsstandortes Spiez als Strategieziel auf die Fahne geschrieben hat.“ Dabei ist ihm das Wort „geeint“ aufgefallen. Ihm ist aufgefallen, dass die Zusammenarbeit im Gemeinderat vor allem ein „Murks“ geworden ist. Einige basteln wohl eher an ihren Politikkarrieren als dem Wohl der Gemeinde und halten die Ellbogen hinaus, wo es nur geht. Wenn sich der Gemeinderat gemäss Zeitungsbericht schon einig ist, will die SP-Fraktion kein Querschläger sein und wird den Baurechtsvertrag annehmen.

Anna Katharina Zeiltra (GS): Die GS-Fraktion wird dem Baurechtsvertrag zustimmen und dankt dem Gemeinderat für die Ausarbeitung dieses Vertrages.

Allgemeine Diskussion

Ursula Zybach: Sie dankt für die im Voraus angekündigten Ja-Stimmen. Zur Aussage von Hans Leuthold hat sich der Gemeinderat auch überlegt die Fr. 42'000.00 Mietzins und die Baracken weiterhin zu behalten und das Baurecht erst später zu gewähren. Als man jedoch die Offerte der Ramsay Foundation für das Abreissen der Baracken in der Grössenordnung von Fr. 160'000.00 gesehen hat (Asbestabbau), kam man zum Schluss, das heutige Vorgehen zu wählen. Dies macht durchaus Sinn. Zu der von Hans Leuthold aufgestellten Rechnung mit den Fr. 37.50 pro m2 kann ausgeführt werden, dass Land in der Zone für öffentliche Nutzung zu einem m2-Preis von Fr. 100.00 verkauft wird. Hier hat man eine Mischrechnung gemacht, da das Geld vorschüssig bezahlt wird. Die Fr. 900'000.00 kommen vorher. Wenn im nächsten Jahr die Fr. 9'090.00 auf das dafür vorgesehene Konto überwiesen werden, haben wir immer noch Fr. 890'000.00, welche entweder verzinst oder nicht aufgenommen werden müssen. Deshalb kann gesagt werden, dass der Gemeinderat genau hingeschaut hat. Die stattgefunden Redimensionierung des Projektes macht Sinn. Die vorgesehenen Partner sind dabei und steigen nicht einfach aus. Beim Redimensionieren des Baurechtes geht es darum, dass das Gebäude kompakt gebaut werden soll und es nicht einstöckige Pavillons geben wird. Deshalb kann man die Baurechtsgrösse dannzumal nochmals anschauen. Der Ramsay Foundation wird eine sichere Hand gewünscht und den Schulen, welche künftig im Projekt eingeschlossen sind wünscht sie, dass sie nicht allzu lange mit den vorübergehenden Lösungen leben müssen und das Projekt nur eine kurze Bauphase benötigt.

Beschluss (einstimmig)

Der Grosse Gemeinderat von Spiez

- auf Antrag des Gemeinderates
- gestützt auf Art. 40.1.a) der Gemeindeordnung

beschliesst:

1. Der Baurechtsvertrag (Urschrift Nr. 3450) betreffend Pädagogisches Zentrum Hofachern wird genehmigt.
2. Der Gemeinderat wird mit dem Vollzug beauftragt.

229 1.1800 Geschichtliches, Kulturelles Stiftung Schloss Spiez / Erhöhung Gemeindebeitrag

Ausführungen des Gemeinderates

Jolanda Brunner: Sie stand in letzter Zeit mehrmals hier betreffend Kulturförderungsgesetz und Gemeindeverband. Nun ist es wieder so weit. Das neue Kulturförderungsgesetz sieht einen neuen Kostenverteiler vor, welcher die Standortgemeinden entlastet (50 % Standortgemeinde, 40 % Kanton und 10 % die umliegenden Gemeinden des Verwaltungskreises Frutigen-Niedersimmental). Der Gemeinderat hat bereits einmal ein Gesuch der Stiftung Schloss Spiez behandelt (Erhöhung auf Fr. 150'000.00). Der Gemeinderat musste dort schweren Herzens das Gesuch aus finanziellen Gründen ablehnen. Wir wissen aber alle, dass das Schloss etwas sehr wichtiges ist für Spiez. Es ist unser Markenzeichen und viele Leute kennen das Schloss. Das Kulturförderungsgesetz ist so aufgebaut, dass zuerst geschaut wird, wie viel die Gemeinden geben und wie hoch das Defizit ist. Danach entscheidet der Kanton wie viel er bereit ist zu zahlen. Dies wird in einer Leistungsvereinbarung festgehalten. Der damals beantragte Beitrag der Stiftung Schloss Spiez von Fr. 150'000.00 erschien dem Gemeinderat als gerechtfertigt. Man hat gesehen, dass die Gelder, welche in den letzten Jahren im Schloss investiert wurden, aus dem Projekt Neugestaltung Dauerausstellung kamen. Bei diesem Projekt konnten Gelder generiert werden, aber das Projekt ist nun abgeschlossen und die Gelder fehlen nun. Wenn man die Leistungen auf dem bisherigen Niveau halten will, ist dies mit den heute vorhandenen Finanzen nicht mehr möglich. Der Gemeinderat hat deshalb befunden, wenn man mit einem Mehraufwand von Fr. 13'000.00 Fr. 71'000.00 mehr für das Schloss generieren kann (welches durch den Kanton und die Gemeinden finanziert wird), ist dies für Spiez eine Win-win-Situation. Wenn wir selber diese Erhöhung tragen müssten, wäre dies schmerzhafter. Die GGR-Mitglieder haben von Jürg Staudenmann, Stiftungsratspräsident der Stiftung Schloss Spiez, Unterlagen über die Finanzen des Schlosses erhalten. Der Gemeinderat war der Ansicht, dass es nicht seine Aufgabe ist, dem Schloss zu sagen, wo dieses seine Finanzen einsetzt. Die Stiftung ist eigenständig. Der Gemeinderat ist der Überzeugung, dass sich das Schloss auch mit den zur Verfügung stehenden rund Fr. 140'000.00 zur Decke strecken muss. Eine Frage hat sich wohl auch für die GGR-Mitglieder gestellt, was passieren wird, wenn die umliegenden Gemeinden die Erhöhung ablehnen. Diese Chance besteht. Der Gemeinderat würde mit den Fr. 71'000.00 in die Vertragsverhandlungen einsteigen. Der Kanton würde Fr. 58'000.00 (resp. Fr. 46'000.00) und die umliegenden Gemeinden Fr. 11'000.00. Dies gäbe immer noch 129'000.00 für das Schloss Spiez. Der Gemeinderat beantragt, auch wenn der Vertrag mit den umliegenden Gemeinden nicht zustande kommt, eine Erhöhung auf Fr. 71'000.00.

Stellungnahme der Sachkommission Bildung/Kultur

Ruedi Bernet: Am 16. November 2015 hat die Sachkommission Bildung/Kultur (Pia Hutzli, Alfred Dummermuth und er) das Geschäft bei der Ressortvorsteherin Kultur, Jolanda Brunner, geprüft. Dabei wurde die Sachkommission umfassend über das Geschäft orientiert. Die Fragen konnten beantwortet werden. Der Sachkommission konnte so plausibel gemacht werden, warum die Erhöhung des Gemeindebeitrages an das Schloss nötig ist. Mit den Ausführungen von Jolanda Brunner war die Sachkommission sehr einverstanden, aber weniger mit den Unterlagen, welche dem GGR zu diesem Geschäft zur Verfügung gestellt wurden. Diese reichen nicht aus, den Mehrbedarf an öffentlichen Geldern nachvollziehbar zu machen. Die Ratsmitglieder sollten die Möglichkeit haben, die Berechtigung und Dringlichkeit dieses Anliegens genau nachzuvollziehen. Jolanda Brunner hat der Sachkommission zugesichert, dem GGR noch zusätzliche Unterlagen zu liefern und heute zusätzlich noch mündlich zu informieren. Dank dieser Zusicherung kann die Sachkommission empfehlen, auf das Geschäft einzutreten.

Eintreten

Das Eintreten ist unbestritten.

Fraktionssprecher

Rolf Schmutz (FDP): Eigentlich hat die Gemeinde Spiez keine Mittel zur Verfügung, um weitere Beiträge zu sprechen. In diesem Fall ist jedoch ein Franken zwei Franken wert. Mit unseren zusätzlichen Fr. 13'000.00 werden weitere Fr. 71'000.00 vom Kanton und den umliegenden Gemeinden ausgelöst. Es hat sich also gelohnt zuzuwarten. Die FDP-Fraktion wird der Erhöhung zustimmen.

Roland Müller (SP): Die SP-Fraktion stimmt dem Geschäft ebenfalls zu. Spiez ist uns etwas wert und kann uns deshalb auch etwas kosten. Spiez ohne Schloss wäre wie eine Schweizerfahne ohne Kreuz. Es ist ein Markenzeichen und generiert einen touristischen Mehrertrag. Es handelt sich aber auch um ein Kulturgut. Dieses muss erhalten und geschützt werden. Dies kostet Geld und man ist bereit, diesen doch eher kleinen aber wiederkehrenden Betrag zu sprechen. Die SP-Fraktion ist aber auch nicht ganz glücklich mit den zugestellten Unterlagen. Erst nach Nachfragen kann man mit ruhigem Gewissen diesem Geschäft zustimmen.

Ueli Zimmermann (SVP): Unser Schloss Spiez als Kulturdenkmal mit überregionaler Bedeutung und reichhaltiger, langer Geschichte zeigt wie wichtig dieses für Spiez ist. Nicht nur wegen der ideellen Werte, sondern auch wegen den Praktischen. Es handelt sich um einen Publikumsmagnet erster Güte. Schulklassen und Leute aus allen Ländern besichtigen das Schloss. Es handelt sich um den Werbeträger Nummer eins und dies seit Jahren. Das Schloss ist Empfangsstätte für Gäste der Spiezer Regierung, Auftraggeber für viele Spiezer Betriebe und die Umgebung. Schauplatz für Kultur, Arbeitgeber, Chronik unserer Geschichte und Wahrzeichen für Spiez. Die Liste könnte beliebig verlängert werden. Eine so wichtige Institution verdient unsere Unterstützung. Wir haben zum Kulturförderungsgesetz Ja gesagt. Nun ist die logische Folge B zu sagen. Auch die SVP-Fraktion kann zwischen sinnvollen Ausgaben und dem nötigen Verzicht unterscheiden und dies noch in Zeiten mit wenig Geld. Die SVP-Fraktion unterstützt den Antrag des Gemeinderates und wünscht der Stiftung Schloss Spiez weiterhin viel Erfolg.

Markus Wenger (EVP): Die EVP-Fraktion hat sich auch mit den Unterlagen schwer getan. Anschliessend wurden Unterlagen nachgereicht. Dazu aber gilt es zwei kritische Punkte zu beleuchten. Zum ersten zur Aussage, dass man hier mit relativ wenig Geld viel ausrichten kann. Man muss aber dem Gedanken nachgehen, wer die anderen sind, welche zahlen. Dies sind wir selber, der Kanton Bern und die umliegenden Gemeinden. So gesehen, ist die gute Idee des Kulturförderungsgesetzes gefährlich und verleitet dazu, mehr Geld auszugeben, als man tatsächlich hat. Wenn man das Budget des Schlosses betrachtet, fällt auf, dass sich die Löhne gegenüber dem Vorjahr um 10 % erhöhen. Im nächsten Jahr um 3.5 % und im Jahr darauf um 3.2 %. Es wird ein frappantes überdurchschnittliches Lohnsummenwachstum ausgewiesen. Der GGR hat jedoch an der letzten Sitzung festgestellt, dass wir sparen müssen. Nun sind wir aber relativ grosszügig. Die EVP-Fraktion wäre dankbar, wenn die Frage betreffend Lohnsummenwachstum beantwortet werden könnte. Das Schloss ist wichtig und die EVP-Fraktion will sich der Entwicklung nicht widersetzen. Es kann nicht der Weg sein, das Sparen auf die Seite zu legen, nur weil es sich um etwas Wichtiges handelt.

Allgemeine Diskussion

Dani Brügger: Er hat bei den Vorbesprechungen zu diesem Geschäft festgestellt, dass dieser Entscheid zusätzliche Gelder des Kantons und der umliegenden Gemeinden auslöst. Dies hilft, das Defizit der Stiftung Schloss Spiez zu reduzieren. Dies ist schön und gut. Er hat aber mit der Kulturförderung ein grundsätzliches Problem. Er ist der Ansicht, dass die etablierte Kultur gegenüber der populären und alternativen Kultur stark bevorteilt wird. Mit dieser Erhöhung an die Stiftung Schloss Spiez wird ein zusätzliches Ungleichgewicht zu Gunsten einer rückwärtsgerichteten, elitären Kultur geschaffen. Dies ist nicht in seinem Sinn. Zusätzlich kennen wir alle das Defizit der Ge-

meinde, welches für das nächste Jahr budgetiert ist. Obschon er die Arbeit der Stiftung Schloss wertschätzt, ist er der Ansicht, dass man diesem Geschäft nicht zustimmen kann und er wird sich der Stimme enthalten. Wir wissen alle, dass das Schloss auch bei einem negativen Entscheid nicht abgerissen wird.

Andrea Frost: Dicke Papiere haben nicht immer wesentlichere Informationen als weniger umfangreiche. Sie weiss, was sie braucht. Weitere Unterlagen sind im Netz verfügbar. Wenn wir immer mehr verlangen, generiert dies auf der anderen Seite wieder Aufwand. Sie kann die Aussage betreffend die elitäre rückwärtsgewandte Arbeit des Schlosses nicht unbeantwortet lassen. Das Schloss Spiez ist eines der Wahrzeichen von Spiez, nebst dem See, dem Rebbau und der schönen Landschaft. Wenn das Schloss zugänglich gemacht wird, benötigt man auch gewisse Mittel. Das Schloss bemüht sich sehr, um für alle zugänglich zu sein. Hier geht es nicht ums Sparen, sondern um einen gezielten Einsatz der Mittel.

Jolanda Brunner: Die Kulturförderung ist ein heisses Thema. Das Gesetz wurde so verabschiedet und damit sind wir gehalten, dieses entsprechend umzusetzen. Das heisst aber nicht, dass die Gemeinde Spiez für andere Kulturschaffende und Kulturanbieter keine Beiträge mehr ausrichtet. Diese werden nach wie vor mit namhaften Beiträgen unterstützt. An diesen wird auch nach wie vor festgehalten. Die Frage der Löhne des Schlosses steht nicht unter der Federführung der Gemeinde. Wir können nichts sagen zu den Ausgaben des Schlosses. Wir können auch keinen Einfluss nehmen. Die Stiftung hat die strategische und die operative Verantwortung. Zu dieser Frage könnten der Stiftungsratspräsident Jürg Staudenmann oder der Stiftungsrat Franz Arnold Auskunft erteilen.

Franz Arnold: Das Schloss ist nicht nur ein lokaler Zeitzeuge sondern ein kulturelles Werk von nationaler Bedeutung. Wenn man sieht, was dieses Werk von nationaler Bedeutung für Aufwendungen generiert, schadet es nicht, wenn man einige Zahlen kennt. Der Gebäudeunterhalt für die Liegenschaften des Schlosses betragen pro Jahr rund Fr. 250' – 300'000.00. Die Dauerausstellung im Schloss Spiez wurde dank einem ausgezeichneten Fundraising und grosszügigen Spenden im Betrag von rund Fr. 1.9 Mio. finanziert. Die Dauerausstellung hat einen grossen Wert und wird namentlich auch für Schulen genutzt. Diese Ausstellung braucht auch Hege und Pflege. Namentlich im Bereich der Aufsicht braucht es mehr Personal und mehr Präsenz. Die steigenden Lohnkosten sind vor allem in diesem Bereich zu suchen. Der Stiftungsrat ist ehrenamtlich tätig. Auch die abgetretene Schloss- und Museumsleiterin hat wahrscheinlich nicht jede Stunde aufgeschrieben. Sonst würde die Personalkostenrechnung wohl auch noch etwas anders aussehen. Es ist eine Gratwanderung, damit das Schloss in allen Bereichen aktuell bleibt und den heutigen Anforderungen genügt. Auf der anderen Seite müssen die Kosten in einem Rahmen gehalten werden, dass es noch tragbar und vertretbar ist.

Beschluss (mit 29 : 0 Stimmen, bei 4 Enthaltungen)

Der Grosse Gemeinderat von Spiez

- auf Antrag des Gemeinderates
- gestützt auf Art 39 b) der Gemeindeordnung

beschliesst:

1. Der jährliche Gemeindebeitrag für die Stiftung Schloss Spiez wird per 1.1.2017 von Fr. 58'200 auf Fr. 71'200 erhöht.
2. Dieser Beschluss unterliegt dem fakultativen Referendum gemäss Art. 39 b) der Gemeindeordnung.
3. Der Gemeinderat wird mit dem Vollzug beauftragt.

230 1.401 Gemeindepräsident Informationen des Gemeindepräsidenten

Flüchtlingsströme

Franz Arnold: Im Durchgangszentrum Fryberg, Hondrich, sind zur Zeit 65 Asylsuchende untergebracht. Dies ist eigentlich eine zu hohe Anzahl für dieses Gebäude. Im Weiteren sind in der Gemeinde Spiez an verschiedenen Orten insgesamt 83 Personen in Familien untergebracht. Für die Gemeinde Spiez bedeutet dies, dass insgesamt 148 Asylsuchende untergebracht sind.

Vertrag Abwasserrechnung mit der Nitrochemie AG

Am 1. Dezember 2014 wurde zu diesem Thema eine Motion eingereicht. Der Gemeinderat wurde beauftragt, eine Klage auf Vertragsänderung einzureichen. Es ist so, dass das Geschäft bei der ersten Instanz beim Regierungsstatthalteramt des Verwaltungskreises Frutigen-Niedersimmental hängig ist. Es kann zur Zeit nicht gesagt werden, wann ein konkreter Entscheid vorliegen wird.

Cockpit-Zahlen

Den GGR-Mitgliedern wurden die Cockpit-Zahlen verteilt. Diese dienen dem Gemeinderat als Grundlage zu den strategischen Zielen und Massnahmen.

231 1.304 Einfache Anfragen I-Pads am Schulzentrum Längenstein / Einfache Anfrage A. K. Zeilstra (GS)

Anna Katharina Zeilstra: Durch den Zeitungsartikel vom 27.08.15 im Berner Oberländer vernahm sie, dass das Oberstufenzentrum Längenstein in Spiez in ein Pilotprojekt für drei Klassen iPads angeschafft hat. Durch Rückmeldungen aus der Bevölkerung und betroffenen Eltern, wurde sie informiert, dass die drei Klassen alle Spez. Sek.-Klassen sind. Und die Real bzw. Sek. Stufe nicht von dem Angebot eines iPads profitieren können. Zudem müssen die Eltern durch einen Vertrag mit der Schule für die Nutzung der iPads eine einmalige Kautionszahlung von 150.- Franken bezahlen.

Sie findet es richtig und zeitgemäss, dass die Volksschule den Umgang mit neuen Medien vermittelt und die Kinder im Umgang damit schult.

Hier stellen sich ihr jedoch folgende Fragen an den Gemeinderat:

1. Was sind die Gründe für die einseitige Bevorteilung der Spez. Sek. Klassen? Bzw. den Ausschluss der anderen Sek.- und Real-Klassen?
2. Liegt dem Gemeinderat ein Konzept für die Verwendung bzw. dem Einsatz der iPads während dem Unterricht in den betreffenden Klassen vor?
3. Wenn ja, was sieht dieses Konzept vor?
4. Wie begründet die Schule den finanziellen Aufwand von 150.-, welche die Eltern von iPad Klassen bezahlen müssen? Es gilt ja der Grundsatz, dass die Volksschule von jedem Kind kostenlos besucht werden kann.

Monika Lanz: Sie hat die Einfache Anfrage erst jetzt erhalten und kann deshalb nur zu Ziffer 4 Stellung beziehen. Es handelt sich beim Elternbeitrag um eine Kautionszahlung (Depot). Diesen Betrag erhalten die Eltern zurück, wenn die iPads abgegeben werden. Die weiteren Punkte werden an der nächsten Sitzung beantwortet.

232 1.304 Einfache Anfragen
Budget 2016 / Einfache Anfrage U. Zimmermann (SVP)

Ueli Zimmermann: Mit Beschluss von 15. September 2015 hat der GGR das Budget 2016 mit gleichbleibendem Steuerfuss und mit einem Finanzierungsfehlbetrag von über 1 Million Franken genehmigt! Mit dieser Ausgangslage sind der Gemeinderat und die Verwaltung in der Pflicht und müssen eine Verzichtsplanung vornehmen, damit der Haushalt ausgeglichen werden kann, es stellen sich für ihn folgende Fragen:

1. Welche Massnahmen hat der Gemeinderat für die unumgängliche Verzichtsplanung bis zum heutigen Zeitpunkt beschlossen oder als Ziel definiert?
2. Welche möglichen Bereiche und Aufgaben sind zum heutigen Zeitpunkt dem Gemeinderat bekannt, bei welchen Kürzungen oder Verzicht realistisch und durchführbar sind?
3. Bis wann erhält der Grosse Gemeinderat eine detaillierte Übersicht mit der Verzichtsplanung, unter Nennung der finanziellen und allfällig anderen Folgen für die Gemeinde Spiez?
4. Wo kann der Gemeinderat auch mögliche organisatorische und personelle Anpassungen vornehmen?

Ursula Zybach: Zu Ziffer 1: Das Budget 2016 wurde vom GGR verabschiedet. Es ist davon auszugehen, dass ein Defizit entstehen wird. Der Gemeinderat schaut jedoch bei jedem Geschäft genau hin, ob Mehreinnahmen oder Minderausgaben generiert werden können. Der Gemeinderat muss aber keine Verzichtsplanung machen, da das Budget so genehmigt wurde. Es ist zu hoffen, dass das Defizit nicht so hoch ausfallen wird, wie budgetiert. Ziffer 2 + 3: Es gibt, wie vorhin ausgeführt, keine konkrete Verzichtsplanung 2016. Im Jahr 2014 hat der Gemeinderat eine Aufgaben- und Leistungsüberprüfung durchgeführt. Über diese wurde der GGR anlässlich eines runden Tisches orientiert. Dies könnte man allenfalls nochmals vertieft mit den GGR-Mitgliedern anschauen. Im Zusammenhang mit der Planung zum Budget 2017 wird nochmals genau hingeschaut, was machbar ist. Wahnsinnig viele neue Punkte wird es aber wohl nicht geben, welche im Gemeinderat mehrheitsfähig sind. Ziffer 4: Es gab verschiedene kantonale Steuersenkungen und wegen dem FILAG fällt der Ertrag tiefer aus. Dies ändern auch die Mehreinnahmen oder die Mehrausgaben bei den heutigen Geschäften (Pädagogisches Zentrum und Stiftung Schloss Spiez) nicht. Es werden in Zukunft grosse Investitionen auf uns zukommen (z. B. neuer Kindergarten Einigen). Wenn wir wirklich eine Verzichtsplanung machen wollen, dann wird dies sehr schmerzhaft sein. Es ist zu hoffen, dass andere Lösungen gefunden werden können, damit wir die Lebensqualität in Spiez weiterhin nutzen können.

Ueli Zimmermann zeigt sich von der Antwort des Gemeinderates befriedigt.

233 1.304 Einfache Anfragen
Markierung Kehrachtsammelstellen / Einfache Anfrage R. Barben FS/GLP)

René Barben: Nach der Einführung der Kehrachtsackgebühr wurden in unserer Gemeinde grosse Anstrengungen gemacht, die Kehrachtsabfuhr kostengünstiger zu gestalten. Eine wichtige Komponente war dabei die Einführung von Kehrachtsammelstellen. Diese Sammelstellen wurden mit einem grünen **K** gekennzeichnet. Damit konnten die Fahrzeiten für die Kehrachtsfahrzeuge wesentlich gekürzt werden, weil die Anzahl Halte wesentlich kleiner wurde.

Wir haben festgestellt, dass sehr viele Spiezerinnen und Spiezer keine Ahnung von dieser Rationalisierungsmassnahme mehr haben und ihren Kehrriechtsack einfach direkt vor ihren Hauseingang an die Strasse stellen, da die grünen **K** fast nirgends mehr sichtbar sind.

Mit dem Auffrischen oder Neumalen der grünen **K** und einer entsprechenden Information in unseren Gemeindeinformationen wäre hier ein sehr leicht zu realisierendes Sparpotenzial vorhanden.

Ist der Gemeinderat bereit, unser Anliegen zur Prüfung entgegenzunehmen?

Die Einfache Anfrage wird an der nächsten Sitzung beantwortet.

234 1.303 Motionen, Postulate, Interpellationen **Attraktives Ortszentrum Spiez / Motion SP-Fraktion (M. Hayoz Wagner)**

Ausführungen des Gemeinderates

Franz Arnold: Ein attraktives Ortszentrum ist ein sehr wichtiges und zentrales Anliegen speziell hier im schönen Spiez, wo es schwierig ist, ein richtiges Zentrum auszumachen. Die eingereichte Motion betrifft das Gebiet zwischen Terminus, Kronen- und Lötschbergplatz und die angrenzenden Gebiete. Das Anliegen ist auch dem Gemeinderat sehr wichtig und er hat bereits vor der Einreichung der Motion weitere Schritte in Angriff genommen. Die Motionärin und die Mitunterzeichnenden verlangen, dass man innerhalb des nächsten halben Jahres Massnahmen vorlegt, wie man dies erreichen will. Diese Forderung erscheint dem Gemeinderat als unrealistisch. Es handelt sich um eine zu kurze Frist. So kann der Gemeinderat dem GGR nicht beantragen, die Motion zu überweisen. Da das Anliegen und die Thematik die Spiezerinnen und Spiezer schon lange beschäftigt und in diesem Gebiet Handlungsbedarf besteht, ist der Gemeinderat bereit, das Anliegen als Postulat entgegenzunehmen.

Stellungnahme der Motionärin

Marianne Hayoz Wagner: Sie dankt allen, welche an der Ausarbeitung der Antwort der Motion beteiligt waren. Der Ausschlag für die Motion waren die Profile am Lörtscherweg und nicht die Wahlen im nächsten Herbst. Wäre sie Lehrerin bekäme die Gemeinde Spiez eine Fünf. Sie hat durchaus Freude an der fleissigen und braven Schülerin. Spiez hat ihre Hausaufgaben gemacht, wie man dem Bericht des Gemeinderates entnehmen kann. Aber für eine Sechs reicht es nicht, dafür braucht es mehr. Für eine Sechs wird selbständiges Denken, Innovation und Kreativität, vielleicht auch Mut, Wille und Kraft benötigt. Diese Haltung wird in der Antwort vermisst. Wie bereits erwähnt, braucht es keine Sechs. Wenn wir hier im Parlament mit einer Fünf zufrieden sind, dann ist dies recht. Dann haben aber ihres Erachtens in Zukunft hier im GGR Voten, welche ein Entwicklungskonzept verlangen oder Schlagwörter, dass Spiez zur Provinz wird, keine Berechtigung mehr. Ein Entwicklungskonzept oder Überlegungen für Massnahmen, dass sich Spiez eben nicht zur Provinz entwickelt, kommen nicht an siedlungsplanerischen Überlegungen oder an einer Zentrumsentwicklung vorbei. Dann reicht eine Fünf nicht mehr. Wie wir alle aus der Schulzeit wissen, kann eine Sechs nicht einfach so erreicht werden. Es braucht Einsatz und in der Arbeitswelt heisst dies, dass es etwas kostet. Aber auch ohne Geld kann man sich weiterentwickeln. Man dümpelt einfach so dahin. Es ist wie beim Eherecht. Ein gutes Eherecht garantiert noch keine glückliche Ehe. In ihrer Motion verlangt sie einen Massnahmenplan. Ein erster Schritt ist mit der Stadtanalyse gemacht. Selbstverständlich beginnt man mit einem Massnahmenplan erst, wenn die Analyse vorliegt. Selbstverständlich entscheidet man sich für die Schwerpunktsetzung erst nach den Ergebnissen der Analyse für die weiteren Planungsschritte. Deshalb ist sie bereit, den Zeithorizont der Motion zu verlängern. Mit dem Massnahmenplan ist nicht gemeint, dass nach diesem Prozess Pläne für irgendwelche Projekte vorliegen und man sie dem Grundeigentümer unter die Nase hält. Der Massnahmenplan ist weder parzellenscharf noch eigentümergebunden. Es ist ein Konzept, eine Strategie. Es geht darum, dass man mit allen Beteiligten schaut, wie das Zentrum attraktiver werden könnte. Aufgrund der ersten Gespräche und Analysen entsteht ein Massnahmenplan. Die-

ser zeigt auf, wie und wo das Zentrum aktiv werden soll und wo welche Nutzung Sinn macht. Der Massnahmenplan ist für die Behörde ein Instrument, mit welchem die Zentrumsentwicklung aktiv gelenkt werden kann und als Hilfestellung bei Planungsentscheidungen. Die im Bericht des Gemeinderates aufgeführten Planungen, bei denen sich die Gemeinde in letzter Zeit aktiv eingebracht hat, sind übergeordnete Planungsinstrumente (regionale und kantonale Planungen). Diese sind wichtig und absolut zwingend. Sie verlangt aber bildlich gesprochen keine Planung aus dem Flugzeug, sondern eine, welche entsteht, wenn man zu Fuss im Zentrum unterwegs ist. Sie hofft fest, dass sich ihre Sinnesrichtung mit derjenigen des Gemeinderates im Grundsatz deckt. Alles andere wäre sehr bedenklich. Zusammenfassend stellt sie fest, dass der Gemeinderat bei der Zentrumsentwicklung aktiv ist. Dies allerdings nicht ganz freiwillig. Sie geht davon aus, dass mit den Profilen am Lörtscherweg von verschiedenster Seite Druck auf den Gemeinderat gemacht wurde. Bis zu diesem Zeitpunkt hat der Gemeinderat nicht viel planerisches Engagement im Zentrum gezeigt. Die Motion hat aber trotz dem Engagement des Gemeinderates ihre Berechtigung. Sie sichert, dass die vom Gemeinderat angekündigten Planungsschritte nicht nur leere Versprechen sind, sondern umgesetzt werden. Wenn dies der Gemeinderat so geplant hat, den Planungsprozess weiterzuziehen, dann hindert ihn die Motion nicht daran. Der Gemeinderat wird in seinem Vorhaben unterstützt. Die Motion sichert den logischen und wichtigen Folgeschritt für eine Bestandaufnahme (Stadtanalyse). Sie findet es schade und das Risiko besteht, dass der eingeschlagene Weg nicht zu Ende gegangen wird. Mit dem Massnahmenplan erhalten die Behörden ein Instrument, im Zentrum in Zukunft zielgerichtet, aber auch verlässlich zu agieren. Gerade auf diese Sicherheit sind die Anwohnerinnen und Anwohner, Geschäftsbesitzerinnen und Geschäftsbesitzer, Eigentümerinnen und Eigentümer im Zentrum angewiesen. Sie wird den Wortlaut der Motion ändern: „bis Ende der Legislatur dem GGR vorzulegen ist.“

Franz Arnold: Wir befinden uns nun Ende 2015 und Ende Legislatur ist Ende 2016. Bei solchen Prozessen ein fixes Datum zu verlangen ist nicht realistisch und schürt bei den Leuten falsche Erwartungen. Das Projekt Umgestaltung Oberlandstrasse war ein sehr basisdemokratischer Prozess. Es waren 28 Leute in der Begleitgruppe vertreten. Die erste Sitzung fand im August 2007 statt. Das Resultat ist bekannt. Der Entscheid des Kantons liegt noch nicht vor. Hier bei einem viel weitergehenden Projekt, konkrete Massnahmen für das Zentrum zu verlangen, erscheint relativ unseriös. Der Gemeinderat bevorzugt ein Postulat, da dieses auch verbindlich ist. Es wird jährlich rapportiert, was in dieser Sache geschehen ist. Er möchte sich nicht auf einen Termin behaften und am Antrag des Gemeinderates festhalten.

Fraktionssprecher

Rino Werren (FDP): Die FDP-Fraktion hat lange diskutiert, wie man zu dieser Motion Stellung nehmen will. Man ist der Ansicht, dass die Motion zur Zeit nicht nötig ist und zeitlich falsch ist. Auch auf Grund der unrealistischen Frist. In so kurzer Zeit kann kein so grosses Projekt auf die Beine gestellt werden. Der Gemeinderat hat die Problematik erkannt und ist daran, eine Basis zu erarbeiten. Es hat zur Zeit fast keinen Sinn, zweispurig zu fahren. Es wäre eher ineffizient und würde zusätzliche Kosten auslösen. Es wird weiter darauf vertraut, dass der Gemeinderat den GGR über den Stand der Dinge informiert. Erst daraus können weitere Vorstösse unternommen werden. Marianne Hayoz hat ausgeführt, dass Spiez mit einer Fünf herumdümpelt. Wenn man andere Gemeinden betrachtet, muss man froh sein, da diese zwischen einer 3.5 bis Vier herumdümpeln. So gesehen, sind wir sicher nicht auf dem schlechtesten Weg. Die FDP-Fraktion wird die Motion ablehnen, könnte aber ein Postulat unterstützen.

Martin Peter (BDP): Ein attraktives Ortszentrum ist gut und alle brauchen dies. Aber der Weg dazu, wie man dies angehen will, ist unklar. Bei der Ortsplanungsrevision wurde die Zentrumsplanung etwas ausgeklammert. Es ist richtig, dass der Gemeinderat eine Stadtanalyse in Auftrag gegeben hat. Die Resultate liegen aber noch nicht vor. Es könnte eine Situation geben wie beim Projekt Let's swing, wo direkt Betroffene gegen nicht direkt Betroffene kämpfen. Die BDP-Fraktion möchte eine Vereinfachung von all den Vorschriften. Die Überarbeitung benötigt ihre Zeit und die-

se soll gegeben werden. Deshalb kann die Motion nicht unterstützt werden. Auch ein Postulat würde nicht unterstützt.

Ueli Haldimann (FS/GLP): Die FS/GLP-Fraktion ist sich einig, dass man diesem Perimeter ein besonderes Augenmerk zukommen lassen muss. Die Entwicklung ist wichtig. Seit Längerem ist die festgefahrene Situation unbefriedigend. Aus diesem Grund hat der Gemeinderat eine Stadtanalyse in Auftrag gegeben. Die Präsentation und die Resultate werden anfangs 2016 vorliegen. Mit der Motion der SP läuft das Projekt doppelspurig und verursacht nur zusätzliche Kosten. Die FS/GLP-Fraktion stimmt dem Antrag des Gemeinderates zu, die Motion als Postulat entgegenzunehmen.

Markus Wenger (EVP): Es wird ein attraktiveres Ortszentrum in Spiez gefordert. Dazu braucht es zuerst ein Konzept. Dort hat es wohl beim Projekt Let's swing Probleme gegeben. Detaillisten an der See- und Oberlandstrasse haben eine Verbesserung gefordert. Eine solche fällt einem jedoch nicht einfach in den Schoss. Unter diesem Aspekt sind die in der Motion geforderten Punkte sicher sinnvoll. Franz Arnold hat über die Termine gesprochen. Der EVP-Fraktion ist ein breit abgestütztes Konzept wichtiger als ein schnelles Konzept. Deshalb muss einem Termin nicht die oberste Priorität eingeräumt werden, sondern der Qualität, damit wir den Sechser erreichen. Unter diesem Hintergrund ist die EVP-Fraktion dankbar, wenn die Motionärin handelt und die Motion in ein Postulat umwandelt. Eine Motion könnten nicht alle unterstützen.

Andreas Grünig (SVP): Er dankt der Motionärin, diese hat es gewagt ein heisses Eisen aufzugreifen. Es handelt sich um ein sehr wichtiges Thema, welches wir nicht aus den Augen verlieren dürfen. Wir alle hier im Saal wünschen uns ein attraktives Ortszentrum, sonst wären wir wohl nicht hier an dieser Sitzung. Ein gut funktionierendes Zentrum hat positive Auswirkungen auf die ganze Gemeinde, die Steuerzahlen, die Arbeitsplätze und sicher auch auf die Lebensqualität. Im Moment ist das Resultat der Stadtanalyse noch hängig. Der eingeschlagene Weg des Gemeinderates ist sicher ein Weg. Ob dieser zum Ziel führt, wissen wir im Moment noch nicht. Heute aber mit einem neuen Weg zu kommen (Motion) ist der falsche Zeitpunkt und führt nur zu einem Papiertiger mit entsprechendem Aufwand und grossen Kostenfolgen. Viel wichtiger ist das Ausnützen von Netzwerken, Ausführen von Verhandlungen mit den entsprechenden Partnern. Wir müssen jetzt das Resultat der Stadtanalyse abwarten. Danach geht es darum, diese genau auszuwerten und die richtigen Massnahmen zu treffen. Die SVP-Fraktion wird genau hinschauen und auch gerne mit-helfen, beim Treffen von entsprechenden Massnahmen, aber auch beim Führen von Gesprächen mit direkt Betroffenen aus wirtschaftsnahen Kreisen. Es darf nicht sein, dass wie im Fall von Let's swing vor allem staatsnahe Verbände und Institutionen oder realitätsfremde Idealisten Sachen bestimmen, welche die Existenz von Gewerbetreibenden und Geschäften und damit Arbeitsstellen gefährden. Die SVP-Fraktion schlägt deshalb vor, zuerst die Resultate der Stadtanalyse abzuwarten, auswerten und Massnahmen in einem geeigneten Kreis treffen. Die Motion wird deshalb abgelehnt, auch wenn der zeitliche Rahmen noch verlängert wurde. Einem eventuellen Postulat kann zugestimmt werden.

Walter Holderegger (SP): Er weist auf die Motion Lörtscherweg hin, welche im Jahr 2005 eingereicht wurde. Im Jahr 2006 wurde diese überwiesen. Diese ist in die Ortsplanungsrevision 2013 eingeflossen. Aber nur zu einem minimalen Teil. Die Motion attraktives Ortszentrum strebt eine Planungshoheit der Öffentlichkeit an. Damit ist die Gemeinde gefordert, ein Planungskonzept oder eben einen Massnahmenplan auszuarbeiten. Die Fristerstreckung wurde durch die Motionärin bereits erklärt. Die Planungskommission und der Gemeinderat haben sich seit Jahren ein Bild von dieser Situation gemacht. Die Firma Ecoptima hat zur Ortsplanungsrevision 2013 explizit erwähnt, dass die Zentrumsfunktion, ein Dorfkern, die Nähe zum Bahnhof, höhere bauliche Verdichtung, und ortsbauliche gestalterische Massnahmen wichtig sind. Der Gemeinderat hätte hier also eine grössere Aufgabe. Die in Auftrag gegebene Stadtanalyse ist einmal mehr eine Verzögerungstaktik des Gemeinderates. Die Analyse wird kaum neue Erkenntnisse bringen, als die bereits schriftlich und mündlich mehrmals vorgebrachten. Der Planungshorizont für solche Projekte beträgt nicht

ein/zwei sondern 10 – 20 Jahre. Mit der Überweisung als Postulat wird die seit Jahrzehnten fehlende Planung aufgeschoben. Wir warten auf bessere Zeiten und auf Antworten, welche wir bereits kennen. Eine Verzögerungstaktik ist kein Blick in die Zukunft. Das Volk hat deutlich ja gesagt zum neuen Raumplanungsgesetz. Gestern hat Ostermundigen zu seinem Hochhausprojekt deutlich ja gesagt. Dies hat 20 Jahre gedauert bis dieses Hochhaus nun ermöglicht werden konnte. Wir wollen kein Hochhaus in der Mulde oder am Hang zum Bahnhof. Wir wollen ein Konzept mit Planungsmassnahmen. Ein Konzept, welches für Spiez zukunftsweisend ist. Die Planungshoheit liegt bei der Öffentlichkeit. Jede Flusskorrektur und jede Dorfumfahrung beginnt mit einem Konzept. So wie dies beim Bund, Kanton und den Gemeinden üblich ist. Es ist falsch, wenn zuerst mit den Eigentümern verhandelt wird, bevor das Konzept vorliegt. Wo ein Wille ist, ist auch ein Weg ohne heisse Luft und leeren Versprechungen. Man kann davon ausgehen, dass in der Stadtanalyse nichts stehen wird, was wir nicht bereits wissen. Es sollte mit der vorgegebenen Zeit möglich sein, eine Richtungsweisung vorzulegen. Mit einem Postulat wird dies nur aufgeschoben. Er glaubt nicht, dass sich der Gemeinderat mit einem Postulat ernsthafter mit der Sache beschäftigen wird. Deshalb bittet er, der Motion zuzustimmen.

Dani Brügger (GS): Die GS-Fraktion unterstützt die Motion. Es ist richtig, dass die Gemeinde beim Thema Zentrumsentwicklung aktiv bleibt. Es ist allen klar, dass man bei der letzten Ortsplanungsrevision im Dorfzentrum mehr hätte machen können. Für ihn war dies keine Fünf. Mit der verpassten Chance müssen wir nun leben. Er gibt dem Gemeinderat die Unterstützung und motiviert ihn dran zu bleiben. Es würde ihn freuen, wenn dies der Gemeinderat auch so sieht.

Allgemeine Diskussion

Patrick Bürchler: Er möchte es nicht unterlassen, die GGR-Mitglieder ins alte Zentrum von Spiez einzuladen. Er lädt alle ein, im alten Zentrum zu flanieren. Die Landschaft, die Bucht und das Schloss von innen und aussen zu geniessen und dies im sogenannten „Stedtli“. Obwohl er nicht aus Spiez stammt, weiss er wo das alte Zentrum ist. Dabei kann man etwas von der Vergangenheit und der Geschichte von Spiez erfahren. Vielleicht kommt dem einen oder anderen eine zündende Idee, was man aus dem neuen Zentrum von Spiez machen könnte. Bis jetzt sind noch keine konkreten Themen bekannt. Es sind noch viele Fragen offen. Das Thema ist noch nicht abgeschlossen. Er wird persönlich der Motion nicht zustimmen. Einem Postulat kann er zustimmen.

Marianne Hayoz Wagner: Es ist wohl nicht ganz klar, was sie genau will. Die Grundlage ist die Stadtanalyse. Wir machen nicht nochmals eine Analyse. Gestützt auf die Stadtanalyse würde man einen Massnahmenplan machen. Von Doppelspurigkeit kann deshalb keine Rede sein. Es handelt sich um ein siedlungsplanerisches Anliegen mit einem Zeithorizont von 10 – 20 Jahren. Irgendwann muss man sich aber überlegen, wohin die Reise gehen soll. Dafür benötigt man ein Konzept. Wir sind aber konzeptlos. Einen ersten Etappenschritt schafft man in einem Jahr definitiv. Man ist sich hier aber nicht einig und sie befindet sich in einem Dilemma. Sie wandelt ihre Motion in ein Postulat um. Sie vertraut dem Gemeinderat, dass dieser das Anliegen auch umsetzt.

Walter Holderegger: Er nimmt den Gemeindepräsidenten in die Pflicht, auch mit einem Postulat vorwärts zu machen. Nun wurde 10 Jahre lang geplant. Ein grosser Teil der Bevölkerung wünscht sich ein besseres Zentrum. Wir haben keinen Mut dem Gemeinderat einen solchen Auftrag zu erteilen. Der Gemeinderat soll nun vorwärts machen. Die Ergebnisse der Stadtanalyse sollen nicht wieder für 10 Jahre in der Schublade verschwinden. Er bittet, alle mitzuhelfen, dass etwas geht im Zentrum.

Andreas Grünig: Er unterstützt das Votum von Walter Holderegger. Bei der Motion hat die zeitliche Reihenfolge nicht ganz gestimmt. Es ist ihm auch ein Anliegen, dass die Attraktivität des Ortszentrums gesteigert wird. Wir müssen vorwärts machen und dranbleiben. Man wird genau hinschauen und auch gerne helfen, an diesem „Karren“ zu ziehen und etwas auf die Beine zu stellen.

Deshalb ein dringender Appell an den Gemeinderat, dass man an diesem Thema dran bleibt und nicht in die Schublade legt.

Beschluss (mit grossem Mehr)

Das Postulat der SP-Fraktion (M. Hayoz Wagner) betreffend Attraktives Ortszentrum Spiez wird überwiesen.

235 1.303 Motionen, Postulate, Interpellationen **Partizipations-Motion für AusländerInnen / Motion GS (A. K. Zeilstra)**

Ausführungen des Gemeinderates

Franz Arnold: Die Partizipation von möglichst vielen Leuten am Gemeinwesen und politischen Entscheidungen ist ein wichtiges Grundsatzprinzip einer Demokratie. Anliegen, welche in diese Richtung stossen, verdienen die entsprechende Unterstützung. Wie man der Antwort des Gemeinderates auf die Motion entnehmen kann, stellt man auf Erfahrungen vergleichbarer Gemeinwesen ab. Wenn man die Partizipation auf der einen Seite hoch hält, wissen wir auch, dass die Umsetzung von uns Menschen sehr viel verlangt. Das Gemeinwohl muss über das eigene Wohl und die persönlichen Interessen gesetzt werden. Wenn man die beiden Gemeinden Bern und Burgdorf betrachtet, handelt es sich nicht gerade um eine Erfolgsgeschichte. Es besteht die Möglichkeit, dass eine gewisse Anzahl ausländischer Personen einen Vorstoss einreicht. Seit dem Jahr 2008 wurde nie ein solches Anliegen eingereicht. Es ist auch klar, dass solche Anliegen manchmal mehrere Anläufe benötigen. Der Gemeinderat sieht aber unter der Würdigung auch der realen Gegebenheiten keine andere Möglichkeiten, die Motion nicht zur Überweisung zu beantragen, da die Aussichten auf Erfolg dieses Anliegens nicht gegeben sind. Die Erfahrungen der Gemeinde in einem vergleichbaren Bereich ist das Reglement des Jugendrates. Heute ist Lukas Böss als Vertreter des Jugendrates anwesend. Weiter sind zwei Vertreter des Oberländischen Jugendparlamentes anwesend. Die Teilnahme von jugendlichen Vertretern an politischen Entscheidungsprozessen ist essenziell und wichtig. Der Jugendrat hat in den letzten 3 – 4 Jahren diverse Anläufe genommen, weitere Mitglieder zu finden. Trotz mässigem Erfolg wurden die Bemühungen noch nicht ganz aufgegeben, obschon Lukas Böss für den Jugendrat langsam in eine gefährliche Zone bezüglich des Alters kommt. Die Idee und der Gedanke für eine Teilnahme möglichst vieler an politischen Entscheidungen ist sicher ein unterstützenswertes Anliegen. Gestützt auf die Argumentation des Gemeinderates sieht man die Möglichkeit nicht, die Motion zu überweisen. Weiter wird versucht dem Jugendrat neues Leben einzuhauchen, dass man auch wieder interessante Jugend-Anliegen im GGR behandeln kann.

Stellungnahme der Motionärin

Anna Katharina Zeilstra: Die Antwort des Gemeinderates auf ihre Motion findet sie eher etwas dürftig. Es wird nicht wirklich auf ihr Anliegen eingegangen. Die Ausführungen des Gemeindepräsidenten sind etwas unklar, da es sich bei ihrem Anliegen nicht um Jugendfragen handelt. Sie möchte, dass alle Menschen mit einem ausländischen Hintergrund die Möglichkeit zur Einreichung einer Motion hätten. Der GGR kann entscheiden, ob diese weiterverfolgt werden soll oder nicht. Ihr Anliegen hat deshalb nichts mit dem Alter zu tun, sondern dass man die Möglichkeit hat, sich dort zu integrieren. Sie will auch nicht das Stimmrecht, wie dies die Abstimmung „zäme Läbe, zäme Stimme“ gefordert hat. Sie will, dass der GGR die Macht hat, ob man auf eine Motion eintritt oder nicht. Das Heft soll nicht aus der Hand gegeben werden. Das Wichtigste ist, dass sich alle am politischen Leben beteiligen können. Für sie spielt der Prozentsatz, wie viele ausländische Personen in Spiez leben, keine grosse Rolle. Es geht ihr darum, das Angebot anzubieten und den Leuten die Möglichkeit zu geben, dieses zu nutzen. Sie hofft, dass eine Mehrheit für die Überweisung der Motion gefunden werden kann.

Fraktionssprecher / Allgemeine Diskussion

René Barben (FS/GLP): Vielleicht kann man der Motionärin eine Möglichkeit aufzeigen, wie man auch ohne Motion zum Ziel kommen kann. In der Schweiz haben wir das beste politische System. In Spiez haben wir viele aktive Parteien. Es spricht nichts dagegen, dass ausländische Personen einer Partei beitreten, sich dadurch integrieren und unser politisches System so besser kennen lernen. Sie können so problemlos einen politischen Vorstoss einreichen. Die FS/GLP-Fraktion wird die Motion nicht unterstützen, da man der Ansicht ist, dass es diese nicht braucht. Man sollte die vorhandenen Kanäle nutzen.

Dani Brügger (GS): Die GS-Fraktion unterstützt die Motion. Es ist wichtig, dass alle Teile der Bevölkerung in unserer Gemeinde mitwirken können. Persönlich findet er, dass die Demokratie so viel wert ist, dass sie uns auch etwas kosten darf. Die Mitwirkung von ausländischen Personen ist eine aktive Massnahme gegen Extremismus und Gewalt. Er möchte noch auf einen Punkt der Antwort des Gemeinderates eingehen. Es wird auf ein Resultat einer Volksabstimmung mit einem ähnlichen Thema als Grund aufgeführt, die Motion nicht zu unterstützen. Dies ist ein schlechtes Argument. Entweder man ist dafür oder dagegen und steht dazu und versteckt sich nicht.

Marianne Hayoz Wagner (SP): Mit einer Einführung einer politischen Partizipation von ausländischen Personen in Spiez sagen wir ja zu einer Integration. Wer die eigene Meinung einbringen kann, setzt sich mit der Gemeinschaft auseinander und lernt diese besser kennen. Wer die eigene Meinung einbringen kann, engagiert sich für das Zusammenleben und übernimmt Verantwortung. Das Recht auf Mitsprache ist ein Zeichen dafür, dass wir die ausländischen Mitbürgerinnen und Mitbürger als vollwertige und gleichwertige Personen ernst nehmen und ihnen zutrauen mitzudenken und mitzuentcheiden. So wird ein Ja zu dieser Motion zu einem Ja zu diesen Menschen ohne wenn und aber, unabhängig von sein oder nicht sein, haben oder nicht haben. Im Weiteren kann die politische Partizipation von Migrantinnen und Migranten auch eine Bereicherung sein für Spiez. Andere kulturelle Hintergründe können auch neue Blickrichtungen öffnen und vielleicht auch neue Wege öffnen. Ein Ja zur Partizipation ist auch eine Anerkennung der Leistung der Ausländerinnen und Ausländer, welche diese tagtäglich für unsere Gesellschaft bringen. Sie tragen auch zum Wohlstand unserer Gesellschaft bei. Wenn wir Nein sagen zur Partizipation schliessen wir einen Teil der Bevölkerung aus und zeigen, dass sie nicht dazu gehören und verlangsamen den Integrationsprozess und fördern die Entstehung von Parallelgesellschaften. Wir Schweizer rühmen unsere Demokratie und sind stolz darauf. Wenn wir aber gewissen Kreisen die Mitsprache verwehren, wird es eine selektive Demokratie. Man gehört dazu oder nicht. Statt zu integrieren, schliessen wir aus. Das will die SP-Fraktion nicht. Die globalisierte Welt mit der modernen Völkerwanderung wird zu einer grossen Herausforderung werden. Die Motion ist eine von vielen Möglichkeiten. Deshalb unterstützt die SP-Fraktion die Motion. Auch wenn das Instrument nicht genutzt wird, handelt es sich um ein Zeichen.

Anna Fink (EVP): Die EVP-Fraktion unterstützt das Anliegen der Motion. Die Motion verlangt, dass der Gemeinderat eine Grundlage erarbeitet, dass die in Spiez wohnhaften Ausländerinnen und Ausländer politisch mitgestalten können. Es geht nicht um ein Stimm- und Wahlrecht light, sondern um die Möglichkeit zum Mitgestalten. Die Einführung eines Partizipationsmodells ist ein Signal für eine aktive Integrationspolitik. Diese lädt Ausländerinnen und Ausländer ein, sich am politischen Leben zu beteiligen. Im Statement des Gemeinderates wird aufgeführt, dass das Recht direkt im Parlament Vorstösse einzureichen, nicht einmal Schweizer Bürgern zur Verfügung steht. Dies ist so, aber wir Schweizer brauchen dies auch nicht, da wir im Gegensatz zu den ausländischen Personen das Stimm- und Wahlrecht haben und auch vom Initiativ- und Referendumsrecht Gebrauch machen können. Diese politischen Rechte sind verbindliche Mitentscheidungsrechte. Die Partizipations-Motion gibt den ausländischen Personen zwar einen direkten Zugang, verschafft aber keine Mitbestimmung. Die Motion fordert, dass der Gemeinderat eine Grundlage ausarbeitet. Es muss noch geklärt werden, wie viele Stimmen für einen solchen Vorstoss benötigt werden. Die

EVP-Fraktion ist sich einig, dass die Grundlagen erarbeitet werden. Es handelt sich um ein wichtiges Signal für die Integration von ausländischen Personen.

Martin Peter (BDP): Die BDP-Fraktion schliesst keine Ausländer aus. Diese können direkt zu ihnen kommen und die Anliegen werden hier im GGR vorgebracht. Sollte die Motion angenommen werden, müsste sich der Gemeinderat noch überlegen, in welchen Sprachen solche Vorstösse eingereicht werden dürfen. Sonst müsste noch ein Übersetzungsprozedere gefunden werden. Dies könnte zum Teil noch etwas umfangreich werden. Er hätte noch einige Kontakte in den arabischen Raum.

Andrea Frost (FDP): In unserem Land gibt es kein Einbürgerungsverbot für Ausländerinnen und Ausländer. Wir bürgern zügig, liberal und offen ein. Es stellt sich auch die Frage der Reihenfolge. Integriert man zuerst und partizipiert anschliessend oder umgekehrt. Die Zielsetzung lautet sicher zuerst Integration und dann Partizipation. Es ist ein wichtiges Thema und die Schweizer Bürger haben auch kein Recht direkt mit einer Motion im Parlament Vorstösse einzureichen. Deshalb wird die FDP-Fraktion den Vorstoss ablehnen.

Nadja Keiser (GS): Zum Votum von Martin Peter kann ausgeführt werden, dass das Problem mit Google-Translate gelöst werden kann. Dann ist die Sache erledigt. Wir vergeben uns nichts und ermöglichen ein niederschwelliges Angebot.

Markus Wenger (EVP): Im Zusammenhang mit den Einbürgerungen kann ausgeführt werden, dass es im Kanton Bern ein Einbürgerungsverbot gibt. Das Berner Stimmvolk hat beschlossen, dass Leute, welche während ihrer Ausbildung oder in einer gewissen Lebensphase Sozialhilfe erhalten, nicht Schweizer werden können, bevor die Sozialhilfebeiträge zurückbezahlt sind. Damit gibt es faktisch für gewisse Personen ein Einbürgerungsverbot. Das darf nicht ganz vergessen werden, dass wir der Demokratie hier einen „Haken“ geschlagen haben.

Walter Holderegger (SP): Hier im Saal gibt es eine ganze Reihe Gewerbetreibende, welche ausländische Personen beschäftigen. Diese könnten ein tolles Zeichen setzen, dass man sie ernst nimmt und erst noch kostenlos. Sie bringen ein Papier auf Deutsch. Der Gemeinderat kann dies dem GGR vorlegen und dieser kann entscheiden, ob man auf das Anliegen eingehen will oder nicht. Diese Personen bezahlen auch Steuern und wir sagen nein.

Roland Müller (SP): Die allermeisten Ausländer, um welche es hier geht, sprechen nicht arabisch oder völlig unbekannte Sprachen. Es handelt sich um Leute, welchen wir tagtäglich begegnen und wir nicht einmal wissen, dass sie Ausländer sind. Diese fallen im Erscheinungsbild der Gemeinde kaum auf. Deswegen ist der Übersetzungsaufwand auch nicht gross. Wenn wir schon die Möglichkeit haben zur Integration etwas beizutragen, haben wir auch die Pflicht.

Ueli Zimmermann (SVP): Die Antwort des Gemeinderates zeigt es klar. Die Partizipation steht den Schweizer Bürgern nicht offen. Es stellt sich die Frage, ob nicht die Schweizer dadurch benachteiligt werden und dies rechtlich überhaupt möglich ist. Man könnte sich noch eine Beschwerde überlegen. Integration erfolgt, wie dies René Barben gut gesagt hat, über eine Partei. Die Gewerbetreibenden leisten durch die Anstellung von ausländischen Personen auch einen Beitrag an die Integration. Dafür benötigen wir keine Partizipationsrecht.

Beschluss (mit 19 : 14 Stimmen, bei 2 Enthaltungen)

Die Motion der GS-Fraktion (A. K. Zeilstra) betreffend Partizipations-Motion für AusländerInnen wird nicht überwiesen.

**236 1.300 Grosser Gemeinderat
Wahlen**

a) Ratsbüro GGR für das Jahr 2016

1. Wahl des Präsidentin GGR

Vorschlag der GS **Nadja Keiser** (einstimmig)

2. Wahl des 1. Vizepräsidenten

Vorschlag der EDU **Benjamin Carisch** (einstimmig)

3. Wahl der 2. Vizepräsidentin

Vorschlag der FDP **Andrea Frost** (einstimmig)

4. Wahl von 2 Stimmentzählern

Vorschlag des FS/GLP **Matthias Maibach** (einstimmig)

Vorschlag der SP **André Sopranetti** (einstimmig)

b) Geschäftsprüfungskommission

1. Ersatzwahl SVP

Als neues Mitglied der GPK wählt der Grosse Gemeinderat

Vorschlag der SVP **Hans Leuthold** (einstimmig)

Der Amtsantritt erfolgt per 1. Januar 2016; die Amtsdauer endet am 31. Januar 2017

2. Präsidium und Vizepräsidium GPK für das Amtsjahr vom 1. Februar 2016 bis 31. Januar 2017

Wahl des Präsidenten GPK

Vorschlag der SVP **Hans Leuthold** (einstimmig)

Wahl des Vizepräsidenten GPK

Vorschlag der BDP **Martin Peter** (einstimmig)

237 8.61 Gemeindebeiträge Beiträge aus dem freien Ratskredit GGR

Sprecher des Ratsbüros

André Sopranetti: In diesem Jahr ist es etwas anders als in den Vorjahren. Das Auswahlverfahren richtet sich nach einem Leitfaden und ist nicht eine verbindliche Vorgabe. Das Ratsbüro ist frei, welche Projekte ausgewählt werden sollen. Ein Teil soll im Ausland und ein Teil im Inland eingesetzt werden. In diesem Jahr sollen vier Projekte unterstützt werden. In diesem Jahr soll die humanitäre Hilfe in Afrika berücksichtigt werden. Das Ratsbüro schlägt vor, zwei Projekte der Hilfswerke SolidarMed und Imaneh zu unterstützen. Beide sind Zewo-zertifiziert. SolidarMed unterstützt Projekte zum Schutz der Kinder vor tödlichen Krankheiten. Das Hilfswerk Imaneh unterstützt Projekte im Bereich Bildung und Hilfe zur Selbsthilfe. In der Schweiz soll die Pro Juventute für die Unterstützung der Notrufnummer 147 berücksichtigt werden. Im Weiteren soll der Verein Schiffländte Einigen unterstützt werden. Die Gemeinde hat bisher für die Instandsetzung Ländte Einigen keine Unterstützung geleistet. Es soll ein Zeichen gesetzt werden, dass die BLS diese Ländte wieder anfährt und die Touristen nicht nur in der schönsten Bucht Europas ein- und aussteigen, sondern auch einmal in Einigen.

Fraktionssprecher / Allgemeine Diskussion

Ueli Zimmermann (SVP): Wieder einmal haben wir die schöne und dankbare Möglichkeit, aus dem freien Ratskredit Gelder zu sprechen und Institutionen zu unterstützen. Für die gute Idee, die Ländte Einigen zu fördern und die Notrufnummer 147 der Pro Juventute zu unterstützen ist man dankbar. Unter der Berücksichtigung der angespannten Finanzlage gilt es Mass zu halten und abzuwägen, was und wie viel man geben will. Wir stehen in der Pflicht, die uns anvertrauten Steuergelder massvoll zu verwenden. Die SVP-Fraktion stellt deshalb folgenden Antrag:

- Verzicht auf die Spende an die Hilfswerke SolidarMed und Imaneh und Erhöhung der beiden Beiträge an die Pro Juventute und den Verein Schiffländte Einigen auf Fr. 5'000.00.

Die Schweiz leistet via Entwicklungshilfe sehr viele wertvolle Unterstützung in Afrika, so dass wir unsere Kräfte auf einheimische Projekte bündeln und auf einen Beitrag von Fr. 5'000.00 verzichten können.

Dani Brügger (GS): Er findet, dass der freie Ratskredit die Möglichkeit für den GGR-Präsidenten ist, eine Duftmarke zu setzen. Man hätte den Antrag noch sozialer gestalten können. Das Ratsbüro soll aber entscheiden.

Anna Fink (EVP): Sie ist ein wenig schockiert. Ueli Zimmermann hat vor kurzem ein Statement abgegeben, dass sich auch die SVP durchaus überlegt, wo man auch in Sparzeiten Geld ausgeben kann und wo es wichtig ist. Soll man den Antrag nun so verstehen, dass die Hilfe im Ausland nicht wichtig ist? Wir kennen die Lage. Sie hofft, dass der GGR den Antrag des Ratsbüros unterstützen wird.

Wahler Holderegger (SP): Der Antrag der SVP-Fraktion schockiert ihn auch. Wir haben das Budget 2016 mit einem Defizit von rund einer Million Franken genehmigt. Nun sollen Fr. 5'000.00 zur Beschönigung beitragen. Er mag der SVP-Fraktion dieses „Kränzlein“ nicht gönnen. Er bittet, dem Antrag der SVP-Fraktion nicht zuzustimmen.

Beschluss (mit grossem Mehr)

Der Grosse Gemeinderat von Spiez

- auf Antrag des Ratsbüros GGR
- gestützt auf Art. 40.1 c) der Gemeindeordnung

beschliesst:

1. Dem Hilfswerk SolidarMed wird für den Schutz Afrikas Kinder vor tödlichen Krankheiten aus dem freien Ratskredit (Kto. 011.318.03) ein Betrag von Fr. 5'000.00 bewilligt.
2. Dem Hilfswerk Iamaneh Schweiz wird für die Bildung – der Schlüssel zur Gesundheit in Mali aus dem freien Ratskredit(Kto. 011.318.03) ein Betrag von Fr. 5'000.00 bewilligt.
3. Der Pro Juventute wird für die Unterstützung der Notrufnummer 147 aus dem freien Ratskredit (Kto. 011.318.03) ein Betrag von Fr. 2'500.00 bewilligt.
4. Dem Verein Schiffländte Einigen wird für die Wiederinstandsetzung der Schiffländte Einigen aus dem freien Ratskredit (Kto. 011.318.03) ein Betrag von Fr. 2'500.00 bewilligt.

Verabschiedungen

Louise Bamert hat ihren Rücktritt per 31. Dezember 2015 aus dem GGR bekannt gegeben. Sie war von 2012 – 2015 im GGR vertreten. Von 2009 – 2013 war sie Mitglied der Finanzkommission. Sie ist noch Mitglied der Alterskommission und des Redaktionsteams des SpiezInfo. Der Vorsitzende dankt ihr für ihr Mitwirken im GGR und allen anderen öffentlichen Institutionen. Er überreicht ihr als Geschenk einen Gutschein des Spiezer Gewerbes und einen Blumenstrauss.

Die 1. Vizepräsidentin, Nadja Keiser, verabschiedet Jürg Staudenman einerseits als GGR-Präsident und andererseits als GGR-Mitglied. Er war von 2007 – 2015 Mitglied des GGR. Von 2008 – 2009 war er in der Sachkommission Soziales und seit 2009 in der GPK. Das Abschiedsgeschenk als GGR-Mitglied hat er der Stiftung Bubenbergr zukommen lassen. Sie überreicht ihm als Geschenk drei Flaschen Wein aus zwei Gebieten in Frankreich. Sie dankt Jürg Staudenman für seine Arbeit und seine ruhige Art der Sitzungsführung und überreicht ihm einen Blumenstrauss.

Jürg Staudenmann: Er verabschiedet sich als Präsident und als Mitglied des GGR. Er hat sehr gerne im Parlament mitgewirkt. Er freut sich nun aber auf die freien Zeitfenster. Er wird den GGR in Zukunft auch nicht belästigen mit Mahnungen oder Hinweisen. „Häbets guet und schaut zueinander.“

Im Anschluss an die Sitzung begeben sich die Ratsmitglieder zum traditionellen Aperitif in den Regezkeller und zum anschliessenden Nachtessen ins Restaurant Riviera, Spiez.

Schluss der Sitzung: 17:45 Uhr

NAMENS DES GROSSEN GEMEINDERATES

Der Präsident

Der Protokollführer

J. Staudenmann

A. Zürcher